

Jörg Schoch

Rechtliche Aspekte grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Eine Fallstudie am Beispiel
des Bodenseeraumes



PETER LANG

Bern · Berlin · Frankfurt a.M. · New York · Paris · Wien

A. INHALTSÜBERSICHT

TEIL 1: EINFÜHRUNG UND THEORETISCHE GRUNDLEGUNG

1.	Einleitung und Inhaltsabgrenzung	3
2.	Staatsgrenzen als Phänomen des Völkerrechts	4
2.1	Völkerrechtliche Aspekte der Behandlung von Grenzen	4
3.	Völkerrechtliches Umfeld der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	8
3.1	Koexistenzrecht der Staaten I: Die traditionelle Lehre	8
3.2	Koexistenzrecht der Staaten II: Modernere Tendenzen Heutiges völkerrechtliches Umfeld der Zusammenarbeit	17
3.3	Zusammenfassung der Ergebnisse	22
4.	Spezifische Situation im Bodenseeraum	24
4.1	Heutiger Grenzverlauf und Hoheitsverhältnisse am Bodensee	24
4.2	Der schweizerische Bodenseeraum als EG-Aussengrenze	27

TEIL 2: DIE PRAXIS HEUTE: BESTANDESAUFNAHME DER GRENZÜBERSCHREITENDEN ZUSAMMENARBEIT RUND UM DEN BODENSEE IN DER ÜBERSICHT

1.	Einleitung	39
2.	Zusammenarbeit nach Organisationsformen	41
2.1	Übersicht über die staatsvertragliche Zusammenarbeit im Bodenseeraum unter Beteiligung des Bundes	41
2.2	Internationale Verträge zwischen Gliedstaaten im Bodenseeraum	47
2.3	Institutionalisierte Zusammenarbeit unter Beteiligung der Bundesstaaten	51
2.4	Institutionalisierte Zusammenarbeit unter Beteiligung der Regierungen der Gliedstaaten	54
2.5	Institutionalisierte Zusammenarbeit unter Beteiligung von Gemeinden und Privaten	79
3.	Zusammenarbeit nach Inhalten: Eine summarische Übersicht	87
3.1	Raumplanung und Verkehr	87

3.2	Gewässer- und Umweltschutz, Trinkwasser	88
3.3	Schifffahrt und Fischerei	90
3.4	Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft	91
3.5	Erziehung, Gesundheit und Kultur	94
3.6	Zusammenfassung der Praxis	95

TEIL 3: EXKURS: KOMPETENZEN DER GLIEDSTAATEN IN AUSWÄRTIGEN ANGELEGENHEITEN

1.	Grundsätzliche Überlegungen	99
1.1	Allgemeines zur Vertragsschlusskompetenz von Gliedstaaten ...	101
2.	Die Kompetenzen der Schweizer Kantone in auswärtigen Angelegenheiten	109
2.1	Einleitung	109
2.2	Zuständigkeiten des Bundes in auswärtigen Angelegenheiten ...	109
2.3	Kompetenzen der Kantone	113
2.4	Kompetenzen der Gemeinden	122
3.	Situation in Deutschland und Österreich	125
3.1	Einleitung	125
3.2	Verfassungsmässige und gesetzliche Grundlagen für die österreichischen Länder	125
3.3	Verfassungsmässige und gesetzliche Grundlagen für die deutschen Bundesländer	128

TEIL 4: RECHTLICHE ASPEKTE DER BESTEHENDEN ZUSAMMENARBEITSPRAXIS

1.	Einleitung	135
2.	Rechtliche Aspekte der vertraglichen Zusammenarbeit	137
2.1	Einleitung	137
2.2	Vertragliche Zusammenarbeit unter Beteiligung der Bundesstaaten	143
2.3	Vertragliche Zusammenarbeit unter Beteiligung der Gliedstaaten	145
3.	Rechtliche Aspekte der nicht vertraglichen Zusammenarbeit ...	150
3.1	Einleitung	150

3.2	Möglichkeiten der Institutionalisierung grenzüberschreitender Kontakte im allgemeinen	150
3.3	Institutionalisierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in internationalen Organisationen	156
3.4	„Soft institutions“	184
3.5	Die Institutionen am Bodensee als „soft institutions“	188

TEIL 5: BEURTEILUNG DER ZUSAMMENARBEIT AUS SCHWEIZERISCHER SICHT

1.	Einleitung	207
2.	Völkerrechtliche Überlegungen: „Euregio“ als Subjekt des Völkerrechts	207
3.	Verfassungsmässige Zuständigkeit der Kantone für die grenzüberschreitenden Tätigkeiten	209
3.1	Kompetenzverteilung Bund–Kantone in auswärtigen Angelegenheiten im allgemeinen	209
3.2	Kantonale Kompetenz zum Beitritt zu „soft institutions“	210
4.	Staatsrechtliche Aspekte der Zusammenarbeit aus Sicht der Kantone	212
4.1	Erfüllung öffentlicher Aufgaben ausserhalb der Zentralverwaltung	212
4.2	Finanzrechtliche Aspekte der Zusammenarbeit	212
4.3	Übertragung von staatlichen Entscheidungsbefugnissen an Institutionen der nichtstaatlichen Verwaltung	213
5.	Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage	216
5.1	Allgemeine Überlegungen	216
5.2	Zu den Rechtsgrundlagen im Bund	218
5.3	Rechtsgrundlagen in den beteiligten Kantonen	219
5.4	Zusammenfassung	223
6.	Demokratiedefizit und Publizität	225
6.1	Demokratiedefizit?	225
6.2	Publikation von Erlassen	227

TEIL 6: SCHLUSSFOLGERUNGEN

1.	Zusammenfassung der Ergebnisse	231
2.	Folgerungen für die regionale Zusammenarbeit generell	234
2.1	Folgerungen für die bundes- und völkerrechtliche Ebene	234
2.2	Folgerungen für die gliedstaatliche Ebene	236